

# Der Vollzugsdienst

4-5/2012 - 59. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Die CESI – Unsere europäische Gewerkschaftsdachorganisation**

Ziel ist die Fortentwicklung des europäischen Sozialmodells

Seite 2

**BSBD Hessen erreicht bestes Wahlergebnis und ist bestimmende gewerkschaftliche Kraft**

Sieben von neun Sitzen gehen an den Bund der Strafvollzugsbediensteten

Seite 51

**Sparzwang und Haltlosigkeit: Die Doppelmoral der Politik – Für Beförderungen ist kein Geld da**

Das Land Sachsen-Anhalt spart und spart – vor allem beim Personal

Seite 92



**BSBD**  
in Europa

CESI



## INHALT

### BUNDESVORSTAND

- 1 Auf ein Wort zu den Europaaktivitäten des BSBD
- 2 Die CESI – Unsere europäische Gewerkschaftsdachorganisation
- 3 Neues Europa nur mit starker sozialer Komponente
- 4 Anton Bachl: Wir brauchen eine bundesweite Strafvollzugsstatistik
- 4 Tarifpolitik: Gemeinsam noch besser
- 101 Freunde aus Italien waren wieder zu Besuch
- 107 Der Versuchsballon von Brandenburg

### LANDESVERBÄNDE

- 9 Baden-Württemberg
- 31 Bayern
- 34 Berlin
- 38 Brandenburg
- 44 Bremen
- 46 Hamburg
- 51 Hessen
- 59 Mecklenburg-Vorpommern
- 61 Niedersachsen
- 65 Nordrhein-Westfalen
- 80 Rheinland-Pfalz
- 84 Saarland
- 86 Sachsen
- 91 Sachsen-Anhalt
- 97 Schleswig-Holstein
- 98 Thüringen

Redaktionsschluss für die Ausgabe 6/2012:  
15. November 2012



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion  
 Gewerkschaft in Europa

- Bundesvorsitzender:** Anton Bachl, 94315 Straubing, Königreichweg 24
- Stellv. Bundesvorsitzende:** Petra Gerken-Wolf, 28359 Bremen, Carl-Krohne-Straße 19  
Wolfgang Jänicke, 06118 Halle, Wilhelm-Busch-Straße 38  
Friedhelm Sanker, 32052 Herford, Richard-Sprick-Weg 20 a  
Franz-Josef Schäfer, 54516 Wittlich, Fallerweg 9
- Schriftleitung:** Burghard Neumann, 14776 Brandenburg, Grüne Aue 19 a  
Tel.: 03381/660324 – Mobil: 0160/5088087  
E-Mail: [vollzugsdienst@bsbd.de](mailto:vollzugsdienst@bsbd.de)

#### Landesverbände

- Baden-Württemberg** Vorsitzender: Alexander Schmid  
Geschäftsstelle: 70182 Stuttgart, Moserstraße 26  
Tel.: 0711/2599871, Fax: 0711/2599872  
[bsbd.bawue@t-online.de](mailto:bsbd.bawue@t-online.de)
- Bayern** Vorsitzender: Anton Bachl  
94315 Straubing, Königreichweg 24
- Berlin** Vorsitzender: Thomas Goiny  
10629 Berlin, Mommsenstraße 58  
[mail@bsbd-berlin.de](mailto:mail@bsbd-berlin.de) – [www.bsbd-berlin.de](http://www.bsbd-berlin.de)
- Brandenburg** Vorsitzender: Willi Köbke  
12689 Berlin, Geraer Ring 7  
Geschäftsstelle: 14776 Brandenburg a. d. H., Grüne Aue 19 a
- Bremen** Vorsitzender: Werner Fincke  
JVA Bremen, Sonnemannstraße 2, 28239 Bremen  
Tel.: 0179/5478117
- Hamburg** Vorsitzender: Klaus Neuenhüsges  
22846 Norderstedt, Bunsengang 17  
Tel.: 0170/3590555, Fax: 040/5263505,  
[www.lvhs-hamburg.de](http://www.lvhs-hamburg.de) – [vorstand@lvhs-hamburg.de](mailto:vorstand@lvhs-hamburg.de)
- Hessen** Vorsitzende: Birgit Kannegießer
- Mecklenburg-Vorpommern** Vorsitzender: Helmut Halwachs  
18246 Bützow, Ziegelhofweg 4
- Niedersachsen** Vorsitzender: Uwe Oelkers  
37154 Northeim, Plessering 6
- Nordrhein-Westfalen** Vorsitzender: Peter Brock  
41236 Mönchengladbach, Friedhofstraße 118  
Geschäftsstelle: 40476 Düsseldorf, Ulmenstraße 23
- Rheinland-Pfalz** Vorsitzender: Winfried Conrad  
56112 Lahnstein, Rheinhöhenweg 6
- Saarland** Vorsitzender: Markus Wollscheid  
66687 Wadern-Morscholz, Dagstuhlerstraße 101
- Sachsen** Vorsitzender: Hans-Peter Mutscher  
01127 Dresden, Hammerweg 30
- Sachsen-Anhalt** Vorsitzender: Uwe Bülau  
JVA Halle III, 06118 Halle, Wilhelm-Busch-Straße 38
- Schleswig-Holstein** Vorsitzender: Michael Hinrichsen  
24837 Schleswig, Königswiller Weg 26  
Tel.: (d) 04621/809-500, Fax: (d) 04621/809504  
mail (d) [Michael.Hinrichsen@jasl.landsh.de](mailto:Michael.Hinrichsen@jasl.landsh.de)  
Tel.: (p) 04621/994200, Mobil (p) 0162/1005818  
E-Mail (p) [hinrichsen@bsbd-sh.de](mailto:hinrichsen@bsbd-sh.de)
- Thüringen** Vorsitzender: Gerd Schulz  
07958 Hohenleuben, Gartenstraße 4

Ortsverein Hannover grillte

## Gemütliches Treffen an der Deisterhütte

Am 22. September war es wieder soweit, der OV Hannover zog für einen Nachmittag in den Deister.

Pünktlich um 15.00 Uhr fanden sich die ersten Gäste ein, wo sie schon mit frisch aufgebrühten Kaffee empfangen wurden. Natürlich gab es zum Kaffee wieder leckeren Kuchen und diesem Tag sogar ganz ohne Wespen.

Diese verkrümelten sich bei dem doch recht kühlen Wind. Dies bracht uns dazu, das „Lagerfeuer“ schon direkt nach dem Kaffee ordentlich in Gang zu setzen. Der Nachmittag war von intensiven Gesprächen untereinander geprägt. Politik,

Kinder, Familie und natürlich alte Zeiten standen voll auf dem Programm. Die Uhr war gnadenlos und viel zu schnell verging die Zeit sodass wir uns dem Grillen zuwenden konnten. Der Grillraum, frisch saniert mit neuem Rost und Hebevorrichtung aus der JA Hameln (gute Arbeit) mit neu hergerichteten Anrichtestellen, war schnell erfüllt von dem leckeren Duft von Bratwurst und marinierten Nackensteaks.

Unsere beiden jüngsten Teilnehmer freuten sich über die Bratwurst am Stock die eigenhändig gegrillt wurde. Bier und Softdrinks brauchten nicht gekühlt werden und der Wunsch nach Glühwein



Lagerfeuer-Romantik beim Grillfest des OV Hannover.

Foto: VNSB

kam bei den einen oder anderen auf. Es wurde bis in den Abend am Lagerfeuer verweilt, ein Feuer berührt eben doch unsere Urinstinkte.

K. Tolkemitt

## NORDRHEIN-WESTFALEN

# Der BSBD-NRW erzielt ein Rekordwahlergebnis bei den Personalratswahlen 2012

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands dankt seinen Wählerinnen und Wählern!

**D**ie Wahl am 14. Juni 2012 hat den Beweis erbracht: Der BSBD hat seine Position als die bestimmende gewerkschaftliche Kraft im Bereich des Strafvollzuges weiter ausbauen können. Anlässlich der Wahl des Hauptpersonalrates Justizvollzug Nordrhein-Westfalen konnte der BSBD 12 der insgesamt 15 zu vergebenden Mandate eringen. In der Gruppe der Beamten entfielen 77 Prozent der abgegebenen Stimmen auf die BSBD-Liste, während Verdi lediglich 23 Prozent erreichte. In der Gruppe der Arbeitnehmer sprachen sich 72 Prozent der Wählerinnen und Wähler für den BSBD aus, während auf die Verdi-Liste 28 Prozent entfielen. Dieses eindeutige Votum der Kolleginnen und Kollegen empfinden unsere Kandidatinnen und Kandidaten als Herausforderung und Verpflichtung, für die Sicherung und Durchsetzung der spezifischen Berufsinteressen der Strafvollzugsbediensteten unter Einsatz aller ihrer Möglichkeiten zu kämpfen und einzutreten.

Zu danken hat der Landesverband all jenen Kolleginnen und Kollegen, die unsere Fachgewerkschaft in den Mandaten vor Ort repräsentieren und die die gewerkschaftliche Arbeit für den Einzelnen unmittelbar erfahrbar machen. Mit großem persönlichen Einsatz, Einfühlungsvermögen und Überzeugungskraft haben sie die herausragenden gewerkschaftlichen Erfolge des BSBD vorgestellt und damit die Grundlage für eines der besten Personalratswahlergebnisse in der über 50-jährigen Geschichte des BSBD gelegt. Erst vor dem Hintergrund dieses Engagements wird dieser Erfolg in seinen Dimensionen erklärbar.

### Eigener Hauptpersonalrat für den Strafvollzug hat sich bewährt

Im Rahmen der organisatorischen Neuordnung des Strafvollzuges und der Aufgabe der Mittelinstanz hat sich der BSBD mit seiner Forderung nach einem eigenen Hauptpersonalrat durchsetzen können. Damit ist für die Zukunft sichergestellt,



BSBD-Chef Peter Brock ist neuer Vorsitzender des Hauptpersonalrates. Sein Kommentar zum Rekordwahlergebnis des BSBD: „Dies ist ein sichtbares Zeichen dafür, dass wir auf die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen zählen können.“

dass die Strafvollzugsbediensteten ihre Interessen selbst wahrnehmen und nicht durch andere Bereiche der Justiz „fremdbestimmt“ werden können.

In den zurückliegenden Jahren hat sich dieses Institut bewährt. Die spezifischen Probleme konnten auf diese Weise schnell und effizient vertreten werden. Aus einer Minderheitsposition im allgemeinen Hauptpersonalrat wäre dies so nicht möglich gewesen. Der BSBD hat sich seinerzeit mit der Argumentation durchgesetzt, dass bei Verzicht auf eine eigene Personalvertretung der Strafvollzugsbediensteten auf Ministeriumsebene ein vernünftiger Interessenausgleich auf Mi-

nisteriumsebene **nicht** möglich sei. Die Kolleginnen und Kollegen seien deshalb auf eine eigenständige und eigenverantwortliche Wahrnehmung ihrer Interessen



**Zusammen mit dem Justizministerium werden die BSBD-Mandatsträger im Rahmen der Mitbestimmung für einen fairen Interessenausgleich zwischen Administration und den Kolleginnen und Kollegen eintreten.**

auch im Stufenverfahren angewiesen. Die Richtigkeit dieser Einschätzung haben die Erfahrungen mit einem eigenen Hauptpersonalrat für den Bereich des Strafvollzuges in den zurückliegenden vier Jahren bestätigt. Das Ergebnis des jetzigen Urnengangs ist zudem ein Beleg dafür, dass dieses neue Mitbestimmungsgremium die nachhaltige Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen findet.

Bei der diesjährigen Wahl am 14. Juni, waren **13 Beamtenvertreter** und **zwei Vertreter der Gruppe der Arbeitnehmer** zu wählen. Im Beamtenbereich entfielen auf die **BSBD**-Liste 77,0 Prozent der abgegebenen Stimmen. Für **ver.di** votierten 23,0 Prozent der Kolleginnen und Kollegen. Damit entfielen auf den **BSBD** 10 und auf **ver.di** 3 Mandate.

Der Arbeitnehmerbereich, der zwischen den Gewerkschaften traditionell meist hart umkämpft war, erbrachte bei dieser Wahl ein erstaunlich klares Ergebnis. Für die **BSBD**-Liste votierten 72,0 Prozent der Kolleginnen und Kollegen, während **ver.di** 28,0 Prozent der Stimmen erhielt. Beide zu vergebende Sitze wurden somit durch den **BSBD** errungen. In den aus insgesamt 15 Mitgliedern bestehenden Hauptpersonalrat Strafvollzug entsendet der **BSBD** damit 12 und **ver.di** 3 Mandatsträger.

In einer ersten Stellungnahme zeigte sich **BSBD**-Chef **Peter Brock** überaus erfreut über das so herausragende Wahlergebnis: „Wir waren uns nicht sicher, ob sich die Restriktionen der letzten Jahre und die personellen Umbrüche belastend auf das Wahlverhalten auswirken würden. Jetzt, da die Kolleginnen und Kollegen gesprochen und den **BSBD**-Mandatsträ-

gern nachdrücklich den Rücken gestärkt haben, sind wir froh und erleichtert. Das herausragende Wahlergebnis wird uns Ansporn und Verpflichtung sein, den Hauptpersonalrat Strafvollzug zu einem wirksamen und effektiven Mitbestimmungsgremium weiterzuentwickeln“.

Auch wenn der **BSBD** seine führende Stellung als maßgebliche Interessenvertretung der Strafvollzugsbediensteten weiter ausbauen konnte, so ist der Rückgang der Wahlbeteiligung auf rd. 60 Prozent doch ein echter Wermutstropfen, dem wir Strafvollzugsbedienstete erhöhte Aufmerksamkeit widmen müssen. Die Berufsgruppenminderheit der Strafvollzugsbediensteten wird auch in Zukunft darauf angewiesen sein, ihre Interessen einmütig, Schlagkräftig und unüberhörbar zu vertreten.

Dass die Strafvollzugsbediensteten den Willen zu einer gemeinsam Vertretung ihrer Berufsinteressen aufbringen, wird für die Politik anhand der Ergebnisse der Personalratswahlen exemplarisch ablesbar. Es ist daher wichtig, dass sich die Abnahme der Wahlbeteiligung nicht zu einem Trend entwickelt. Dies wäre eine schwere Hypothek für die Vertretung der spezifischen Interessen der Kolleginnen und Kollegen.

### **BSBD durch Ergebnis der Personalratswahlen 2012 bestätigt**

Herausragende Einzelergebnisse bei den Personalratswahlen erzielten die Ortsverbände **JAA Bottrop (100)**, **JAA Düsseldorf (94,4)**, **JAA Remscheid (93,8)**, **Rheinbach (91,9)**, **Willich I (91,7)**, **Fröndenberg (90,5)**, **Düsseldorf (89,0)**, **Siegburg (88,5)**, **Köln (85,9)**, **Wil-**

**lich II (85,9)**, **Wuppertal-Vohwinkel (85,2)**, **Dortmund (85,3)**, **Bochum (84,9)**, **Duisburg-Hamborn (84,6)**, **Castrop-Rauxel (83,8)**, **Aachen (83,7)**, **Bochum-Langendreer (82,6)**, **Remscheid (82,4)**, **Heinsberg (80,9)**, **Kleve (80,6)**, **Schwerte (78,6)**, **Geldern (78,1)** und **Moers-Kapellen (78,3)**.

Auf der Ortsebene hat sich bei den diesjährigen Wahlen der Trend verstärkt, dass die gewerkschaftliche Konkurrenz nicht mehr flächendeckend Wahlvorschläge eingereicht hat. In etlichen Behörden sind daher Personenwahlen durchgeführt worden. Dies ist vom Grundsatz her nicht schlecht, weil jeweils die Personen des eigenen Vertrauens gewählt werden können. Langfristig dürfte sich diese Entwicklung allerdings als problematisch erweisen, weil dies, wie die Erfahrung zeigt, automatisch zur Entstehung gewerkschaftlich nicht gebundener Listen führen dürfte.

Solche Listen bewirken aber fast zwangsläufig ein Auseinanderdriften der Interessen dort, wo ein Zusammenführen sinnvoll und nützlich wäre. Der Beschäftigungsbereich des Strafvollzuges ist zu klein, um eine solche Entwicklung auf Dauer unbeschadet zu überstehen. **Die Berufsgruppenminderheit der Strafvollzugsbediensteten wird ihre Belange auf dem „politischen Verteilungsmarkt“ nur dann nachdrücklich vertreten können, wenn sie ihre Interessen bündelt und mit einer kräftigen, unüberhörbaren Stimme vertritt.**

Die bisherigen Rahmenbedingungen haben es dem **BSBD** ermöglicht, für die Strafvollzugsbediensteten in den zurückliegenden Jahren Verbesserungen der Besoldungsstruktur zu erreichen, so dass die negativen Auswirkungen der Haushaltspolitik und deren Zugriff auf die Einkommen der Kolleginnen und Kollegen für die meisten halbwegs kompensiert werden konnten.

### **Wahlergebnis ist Rückenwind für die Gewerkschaftsarbeit**

Hätte es diese Strukturverbesserungen nicht gegeben, wäre der Kaufkraftverlust seit Beginn der Jahrtausendwende deutlich über die Schmerzgrenze gegangen. Um hier nicht in gefährliches Fahrwasser zu geraten, dürfen wir die vorhandenen Rahmenbedingungen, den Strafvollzugsbediensteten auf der politischen Ebene Gehör verschaffen, nicht ohne Not aufgeben. Im Gegenteil: Wir sollten alles daran setzen, die Bedingungen für die Durchsetzung unserer Vorstellungen und Interessen weiter zu verbessern.

Nach Einschätzung des **BSBD**-Chefs **Peter Brock** ist das herausragende Ergebnis des **BSBD** bei den Personalratswahlen

2012 der starke Rückenwind, um das berechnete Verlangen der Kolleginnen und Kollegen nach Beteiligung an der allgemeinen Einkommensentwicklung zu beflügeln.

So werde der **BSBD** gegenüber den politischen Entscheidungsträgern aus einer gestärkten Position heraus agieren und verhandeln können. „Bei allem Verständnis für die Haushaltskonsolidierung erwarten die Strafvollzugsbediensteten einen gerechten Anteil an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Die mehr als zehn Jahre andauernde Zurückhaltung in diesem Bereich hat die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft gefördert, hat die Reichen im Land reicher gemacht, nur diejenigen, auf deren Kosten und Rücken diese wirtschaftlichen Erfolge erzielt wurden, sind bislang leer ausgegangen“, stellte **Brock** klar.

Nordrhein-Westfalen kann zwar nicht dauerhaft über seine Verhältnisse leben, doch muss der Politik bei allem Sparwillen bewusst sein, dass die mageren

Jahre für die Kolleginnen und Kollegen des Strafvollzuges sofort beendet werden müssen.

Was jetzt gefordert und gemeinsam mit dem **dbb** durchgesetzt werden muss, sind spürbare Einkommenszuwächse, die sich deutlich oberhalb der Inflationsrate bewegen. **Peter Brock** warnte die Politik davor, sich ihrer Staatsverschuldung durch Inkaufnahme einer höheren Inflationsrate zu entledigen: „Einer solchen ‚Zwangsentzignung‘ der Ersparnisse unserer Kolleginnen und Kollegen werden wir mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegen treten!“

### Dank an die Kolleginnen und Kollegen!

Allen unseren Wählerinnen und Wählern danken wir für das herausragende Wahlergebnis. Für den **BSBD** und seine Kandidatinnen und Kandidaten ist dieser Vertrauensbeweis Verpflichtung, den bisherigen Weg einer ausschließlich an den Interessen der Kolleginnen und Kollegen

orientierten sachkritischen Gewerkschaftsarbeit fortzusetzen.

Ziel des **BSBD** wird es darüber hinaus sein, den Strafvollzugsbediensteten eine aufgabenangemessene Dotation zu sichern und die Verbesserung der ihnen zustehenden sozialen Anerkennung zu erreichen.

Der **BSBD**-Landesvorsitzende **Peter Brock** zeigte sich

sehr zufrieden mit den Personalratswahlen 2012, konnte er mit dem **neu formierten Landesvorstand** doch gleich ein Rekordwahlergebnis erzielen. „Dies ist ein sichtbares Zeichen dafür, dass wir die Probleme der Basis zielgenau getroffen, artikuliert und vertreten haben. Dies ist die Basis dafür, dass wir auf die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen zählen können.“ Der neugewählte Hauptpersonalrat Justizvollzug hat in der konstituierenden Sitzung am 25. Juni 2012 den **BSBD**-Landesvorsitzenden **Peter Brock** (JVA Rheinbach) zum Vorsitzenden gewählt.

Zu seiner Stellvertreterin bzw. seinen Stellvertretern wurden **Andrea Krehl** (JVK Fröndenberg), **Helmut Gülpen** (JVA Heinsberg) und **Detlef Börner** (JVA Gelsenkirchen) gewählt. Außerdem sind die **BSBD**-Vertreter **Ulrich Biermann** (JVA Bielefeld-Senne), **Rolf Oelke** (JVA Köln), **Horst Butschinek** (JVA Wuppertal-Vohwinkel), **Peter Buschmeier** (JVA Bielefeld-Brackwede), **Wolfgang Sonnenschein** (JVA Bochum), **Frank Mertzbach** (JVA Aachen), **Otto Sommerfeld** (JVA Willich I) und **Heinz-Georg Klein** (JVA Köln) in das Mitbestimmungsgremium eingezogen.

Für den **BSBD** und seine Kandidatinnen und Kandidaten ist der Vertrauensbeweis der Kolleginnen und Kollegen Ansporn, eine den Interessen der Strafvollzugsbediensteten verpflichtete Personalratsarbeit zu betreiben.

**Ziel des BSBD ist es, den Strafvollzugsbediensteten für ihre verantwortungsvolle Arbeit im Dienst der Gesellschaft im Rahmen der bevorstehenden Dienstrechtsreform eine leistungs- und aufgabenangemessene Bezahlung zu sichern.**



Bei der JVA Rheinbach (Bild), der Heimanstalt des neuen Hauptpersonalratsvorsitzenden, sprachen sich weit über 90 Prozent der Kolleginnen und Kollegen für die **BSBD**-Listen aus. Dies war auch ein ganz persönlicher Erfolg von **Peter Brock**.

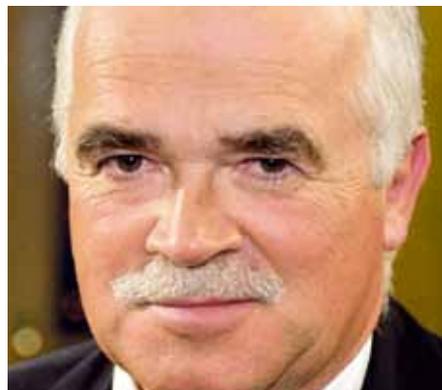
### Aktuelles Zeitgeschehen

## Die USA auf dem Weg in die geldpolitische Katastrophe?

Wie sicher sind unsere überwiegend in den USA lagernden Goldreserven?

**M**üssen wir uns um unsere in den USA deponierten Goldreserven sorgen? Am 19. September 2012 berichtete ein deutsches Online-Magazin, dass durch „die Ankündigung einer quantitativen Lockerung der Geldstabilitätspolitik durch die Federal Reserve“ (FED – die private US-amerikanische Notenbank) die Tür zu einer unbegrenzten Geldschöpfung geöffnet werde.

Von bis zu 85 Milliarden (!) Dollar monatlich an zusätzlicher Liquidität war die Rede. Der Verfasser, **Mike Adams**, ein bekannter amerikanischer Volkswirt,



Der **CSU**-Bundestagsabgeordnete **Dr. Peter Gauweiler** fordert in Bezug auf die deutschen Goldreserven mehr Transparenz.

schreibt weiter, dass „sich die **FED** jetzt wild entschlossen“ zeige, „neues Geld zu schöpfen, um alte Schulden zu begleichen“. Er gelangt zu dem Ergebnis, dass aus mathematischer Sicht „diese finanzielle Todesspirale notwendigerweise in einer Katastrophe“ enden müsse.

Es drängt sich in der Tat der Verdacht auf, dass diese unbegrenzte Geldschöpfung – davon 40 Milliarden Dollar monatlich durch den Ankauf hypothekensicherter Wertpapiere – ein letzter verzweifelter Versuch der amerikanischen Notenbank ist, um das Land vor einem Staatsbankrott zu retten. Honorare Unterstützung erfährt der Volkswirtschaft-



In der US-amerikanischen Federal Reserve lagert der größte Teil der deutschen Goldreserven.



Die Zurückhaltung der Bundesregierung bei der Forderung nach mehr Transparenz bezüglich der deutschen Goldreserven kann schon stutzig machen.

ler übrigens durch **Ron Paul** (zweimaliger Bewerber um das amerikanische Präsidentenamt), der öffentlich die Abschaffung der **FED** fordert; nachzulesen in seinem Buch: „Befreit die Welt von der US-Notenbank“.

**Paul** gilt als Vertreter einer freien Marktwirtschaft im Sinne der österreichischen Schule der Nationalökonomie. Aber auch der *Internationale Währungsfond (IWF)* mahnte erst kürzlich insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika vor einem Versagen ihrer Politik; in diesem Fall drohe bereits in 2013 eine Rezession in nahezu allen Industriestaaten. Die Folgen einer solchen Entwicklung seien unübersehbar für die gesamte Weltwirtschaft. Diese Warnung und Mahnung richtete der *IWF* allerdings auch an Europa.

Da stellt sich für Otto-Normalverbraucher die Frage, was können wir als Deutsche tun, um nicht auch in den Strudel

des drohenden wirtschaftlichen Niedergangs der USA zu geraten. Können wir auf die Goldreserven unseres Staates vertrauen? Das sollte man meinen, denn mit **3.400 Tonnen verfügt Deutschland über die zweitgrößten Goldreserven weltweit**. Eine also grundsätzlich erfreuliche Nachricht.

Nachdenklich stimmt allerdings, dass zwei Drittel dieser Goldreserven in den USA – und zwar in den Kellern der **FED** – gelagert sind. Darüber hinaus werden größere Mengen deutschen Goldes in England und Frankreich aufbewahrt. Da kann schon die Sorge aufkommen, dass die deutschen Goldreserven zur Beherrschung der europäischen Schuldenkrise genutzt werden könnten.

Aber es wird noch merkwürdiger. Anfang dieses Jahres forderte der Bundesrechnungshof die Deutsche Bundesbank zu einer physischen Bestandsprüfung der Goldreserven auf. Die Prüfer monierten,

dass die Deutsche Bundesbank gegen geltendes deutsches Recht deshalb verstoßen habe, weil die Goldreserven seit Jahren nicht mehr einer physischen Bestandsaufnahme unterzogen worden seien.

Das brachte die Deutsche Bundesbank in eine für sie peinliche Lage, weil die New Yorker Niederlassung der **FED** den Einlass in ihre unterirdischen Bunker sowie Kontrollen durch Dritte verweigert. **Da stellt sich schon die Frage, sind unsere Goldreserven in einer solchen Institution richtig aufgehoben?**

Der CSU-Abgeordnete **Dr. Peter Gauweiler** fordert bereits seit Jahren mehr Transparenz in der Goldpolitik, ohne dass sich in der Praxis wirklich etwas verändert hat.

Will die Politik hier nicht reagieren oder sind ihr die deutschen Goldreserven einfach egal? Es ist an der Bundesregierung in diesem Punkte endlich Klarheit zu schaffen!

Brandenburg:

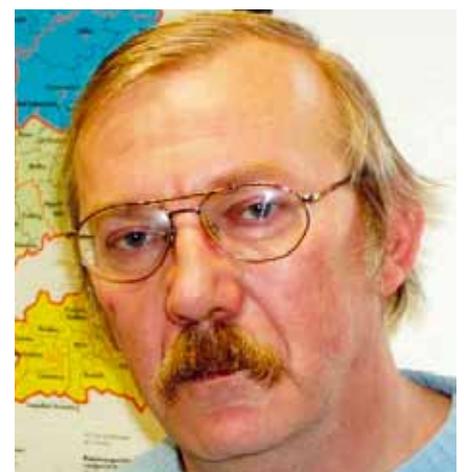
## Regelaltersgrenze 67 für Polizei, Strafvollzug und Feuerwehr?

Im Mai dieses Jahres hatte die rot/rote Landesregierung von Brandenburg im Rahmen der „Eckpunkte für die Novellierung des Landesbeamtengesetzes pp.“ unter anderem beschlossen: „Die Regelaltersgrenze für Polizeivollzugsbeamte wird von 60 auf 67 Jahre angehoben. ... Für den feuerwehrtechnischen Dienst und den Justizvollzugsdienst werden die Regelungen an den Polizeivollzugsdienst gekoppelt.“

Dieses Vorhaben der politischen Verantwortungsträger versetzte den **BSBD** in Brandenburg in Alarmstimmung. Auf allen Ebenen, sei es beim Justizminister, den im Potsdamer Landtag vertretenen Parteien, in der Presse und im Fernsehen setzte sich der Vorsitzende des **BSBD**-Brandenburg, Kollege **Willi Köbke**, unterstützt von seinen Mitstreitern, in der gewohnt „coolen“ Art mit dem nicht nachvollziehbaren Vorhaben der rot-roten Politik kritisch auseinander. Gleichermäßen erfolgten abgestimmte Schritte mit

den Gewerkschaften der beiden anderen betroffenen Berufsgruppen. Im Rahmen der **BSBD**-Bundesvorstandssitzung in Potsdam brachte sich auch der Bundesvorsitzende, Kollege **Anton Bachl**, zu der Problematik in Stellung und forderte dringend eine Korrektur des unsäglichen Gesetzentwurfes.

Am Ende siegte schließlich die Vernunft, wobei insbesondere die Partei **Die Linke** über ihren eigenen Schatten gesprungen ist, hatte sie sich doch bereits auf Bundesebene der Anhebung für sozi-



Die stichhaltigen Argumente des BSBD, durch den Brandenburger Vorsitzenden Willi Köbke nachdrücklich vermittelt, führten zum Einlenken der Politik. Der Ruhestand mit 67 ist vom Tisch.

alversicherungspflichtig Beschäftigte von 65 auf 67 Jahre – wenn auch erfolglos – widersetzt. **Das Pensionseintrittsalter, u. a. der Strafvollzugsbediensteten im mittleren Dienst im Land Brandenburg wird nunmehr künftig 62 (!) Jahre betragen. Darin eingeschlossen sind der Werkdienst und der Krankenpflege-dienst.**

Die jetzt vorgenommene Korrektur, die Pensionsgrenze für Vollzugskräfte im mittleren Vollzugsdienst pauschal um zwei Jahre auf nunmehr 62 Jahre zu erhöhen, begegnen wegen der Gefahreneigenschaft des Berufes und der damit verbundenen Risiken auch für die Sicherheit der Allgemeinheit zwar immer noch Bedenken, aber sie ist im Vergleich



**Die Brandenburger Kolleginnen und Kollegen nahmen an zahlreichen gewerkschaftlichen Veranstaltungen teil, um der Politik zu verdeutlichen, dass es für ein Hinausschieben des Ruhestandes um sieben Jahre keine Akzeptanz gibt.**

zu den Regelungen in anderen Ländern als Kompromiss akzeptabel.

Alles in allem ein Erfolg für die brandenburgischen Kolleginnen und Kollegen und für den **BSBD**. Bestand doch die große Sorge, dass das ursprüngliche Vorhaben der rot-roten Potsdamer-Koalition sich wie ein Flächenbrand auch auf andere Bundesländer hätte ausdehnen können.

## Bundesregierung und Bundeswehr

# Auf dem Weg zur zentralen Wehrstrafjustiz?

**Dass die Einsätze deutscher Soldaten in Krisen- und Kriegsgebieten vielfältige Probleme mit sich bringen, ist allgemein bekannt. Die rechtliche Verfolgung von deutschen Soldaten angelasteten Straftaten tritt dabei allerdings kaum in das „öffentliche Sichtfenster“. Nunmehr befasst sich die Bundesregierung mit der Einrichtung eines eigenen Gerichtsstandes für deutsche Soldaten, denen Straftaten in Einsatzgebieten vorgeworfen werden.**

**CDU/CSU und FDP** wollen, dass die Staatsanwaltschaft in Kempten/Allgäu alle diesbezüglichen Ermittlungen gegen Soldaten führt, weil nur so die Sicherstellung der für eine Untersuchung erforderlichen „Kenntnis der militärischen Abläufe und Strukturen sowie der rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen“ der Einsätze gewährleistet werden könne. Anzumerken ist hierbei, dass bereits jetzt sämtliche in Bayern anhängigen Fälle gegen Soldaten in Kempten untersucht werden.

Anlässlich der Expertenanhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages am 26. September 2012 wurden allerdings auch Zweifel ob der Notwendigkeit eines eigenen Gerichtsstandes für Soldaten laut. Dies wurde u. a. mit Fallzahlen belegt. So wurden zwischen 2004 und 2009 nur etwa 170 Straftaten gegen deutsche Soldaten verfolgt. Und was den Einsatz im Krieg in Afghanistan angeht, so hieß es weiter, würden die vermeintlichen Straftaten mit einem sogenannten „Einsatzbezug“ – womit Kriegsverbrechen gemeint sind – zudem zentral von der Bundesanwaltschaft untersucht. Kenntnisse der militärischen Abläufe und Strukturen bei Fällen einfacher Kriminalität seien insoweit nicht erforderlich. Das sah Bundesanwalt **Thomas Beck** allerdings gänzlich anders. Er führte aus, dass sehr wohl eine Spezialqualifikation von Staatsanwälten und Richtern nötig sei, zumal militärische Belange und Sachverhalte die Justiz bislang kaum tangiert hätten. Die Experten hatten allerdings noch einen „Pfeil im Köcher“. Sie wiesen nämlich daraufhin, dass die zivile Justiz nicht selbst am Tatort aufklären könne, sondern vielmehr auf die Erhebungen der Bundeswehr angewiesen sei. Das musste auch Bundesanwalt **Beck** einräumen: „Es liegt auf der Hand, dass dies nicht dem Bild einer unabhängig ermittelnden Ju-

stiz entspricht“. Zudem dürften Feldjäger weder Blutproben vornehmen noch verdeckte Überwachungen gegen Verdächtige durchführen. Im Übrigen genüge die Vernehmungspraxis der Feldjäger nicht den Anforderungen der StPO, so dass die Staatsanwälte in Deutschland die Rückkehr der Beschuldigten und Zeugen aus dem Ausland abwarten müssten.

## Weg zu einer militärischen Sonderjustiz?

Der vorliegende Gesetzentwurf geht auf diese Problemstellungen indes nicht ein. Da drängt sich dem unbedarften Beob-



**Bundesregierung strebt zentrale Strukturen der Strafverfolgung für die Soldaten im Einsatz an.**

bachter die Frage auf: Wozu denn dieses ganze „Theater“? Oder soll hier quasi durch die Hintertür – so wie bei der Abschaffung der Wehrpflicht – der Weg zu einer Art „militärischer Sonderjustiz“ beschritten werden?

Einer der anwesenden Stabsoffiziere machte aus seiner Meinung jedenfalls keinen Hehl: Er wolle definitiv eine „zentrale Wehrstrafjustiz“!

Das alles erinnert stark an die Zeit des „Hunderttausend-Mann-Heeres“ und an die seinerzeit existierende Möglichkeit, z.B. Festungshaft (custodia honesta) zu verhängen. Eine neue Aufgabe für den Strafvollzug?



**Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands**  
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.  
Gewerkschaft Strafvollzug

**Besuchen Sie und im Internet**  
**[www.bsbd-nrw.de](http://www.bsbd-nrw.de)**

# Berlin und Migration – Von Thilo Sarrazin zu Heinz Buschkowsky

Die Entrüstung vermeintlicher Migrationspolitiker ist wieder groß

**E**rinnern wir uns an den „Sturm in Politik und im Medienwald“, als 2010 das von Thilo Sarrazin (SPD) verfasste Buch „Deutschland schafft sich ab – Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“ auf den Büchertisch kam und zu einem Bestseller wurde? Sarrazin, einst Berliner Senator für Finanzen und danach – bis 2010 – Vorstandsmitglied der deutschen Bundesbank, beschreibt in seinem Werk die Folgen, die sich für Deutschlands Zukunft aus der Kombination von Geburtenrückgang, problematischer Zuwanderung und wachsender Unterschicht ergeben. Er zeigt genau auf, wie wir die Grundlagen unseres Wohlstandes untergraben, den sozialen Frieden und eine stabile, auf Solidarität fußende Gesellschaft aufs Spiel setzen. Deutschland läuft Gefahr, in einen Alptraum zu schlittern. Ob und das so ist, weshalb das so ist, und was man dagegen tun kann, das müssen wir als Gesellschaft schnell herausfinden. Die Politik scheint das Problem sukzessive zur Kenntnis zu nehmen, verspürt aber noch keine große Lust, sich dieser unheilvollen Entwicklung ernsthaft anzunehmen. Beleg dafür sind auch die seitens der SPD gegen Sarrazin angestrebten Parteiordnungsverfahren, mit denen man sich eines unbequemen Mahners und Warners entledigen wollte. Ganz so einfach wird man dieses Problem allerdings nicht lösen können.

Nicht minder groß ist derzeit die Entrüstung vermeintlicher Migrationspolitiker über das von **Heinz Buschkowsky**, Bezirksbürgermeister des Berliner Bezirks Neukölln, verfasste Buch „*Neukölln ist überall*“, das im September 2012 „auf den Markt“ gekommen ist und derzeit die *Spiegel*-Bestseller-Liste der Sachbücher anführt.

Der Verfasser rechnet darin mit der multikulturellen Gesellschaft ab und prangert Probleme wie Deutschenfeindlichkeit, Integrationsverweigerung, Ausländergewalt und Tendenzen der Islamisierung an. Seit dem 1. Dezember 2001 ist **Buschkowsky** Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln und Leiter der Abteilung Finanzen, Wirtschaft und Sport. Der gelernte Diplom-Verwaltungswirt, Mitglied im SPD-Bundesparteirat, hat sich als Anhänger von Altbundeskanzler **Helmut Schmidt** „geoutet“ und gilt in Parteikreisen als „Realo“. Er ist als der



Sarrazin und Buschkowsky beschreiben die Schattenseiten und Risiken der Migration.



Thilo Sarrazin (SPD) erregte Aufsehen mit seiner Warnung vor der Sprengwirkung überbordender Migration.

SPD-Politiker bekannt geworden, der soziale Probleme wie Jugendkriminalität und -arbeitslosigkeit, Zwangsheirat und Ehrenmorde aufgriff und in das öffentliche Bewusstsein hob.

**Buschkowsky** war bereits früh mit Migrationsproblemen konfrontiert. Als Bezirksbürgermeister war und ist er für den Berliner Stadtteil Neukölln zuständig, in dem der Ausländeranteil die 40-Prozentmarke bereits überschritten hat. Mit seiner bereits im Jahre 2004 geäußerten

These „**Multikulti ist gescheitert**“, machte **Buschkowsky** erstmalig bundesweit auf die Probleme aufmerksam, die sich durch den hohen Anteil von Migranten an der Wohnbevölkerung in Neukölln ergeben. Nicht minder mutig war sein Eintreten für die 2010 eines unnatürlichen Todes gestorbene Berliner Jugendrichterin **Kirsten Heisig**, die mit ihrem „Neuköllner Modell“ des schnel-



Heinz Buschkowsky (SPD) schildert in seinem Buch die konkreten gesellschaftlichen Auswirkungen, wenn die Mehrheitsgesellschaft ihre Prägekräfte für Neuankömmlinge verliert.

len, d.h. zeitnahen Strafens in die deutsche Rechtsgeschichte eingegangen ist. Auch sie hat mit ihrem Buch „*Das Ende der Geduld*“ einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Klärung und zum richtigen Umgang mit den nicht unerheblichen Migrationsproblematiken beigetragen.

Da verwundert es schon ein wenig, wenn der einstige NRW-Integrationsminister und jetzige CDU-Chef von NRW, **Armin Laschet**, meint, in der „*Welt*“ feststellen zu müssen, „dass man in westdeutschen Städten (mit der Integrationspolitik, *d. R.*) weiter ist als in Neukölln“. In Städten wie Köln, Duisburg, Stuttgart oder Frankfurt/Main hätten die von der CDU gestellten Bürgermeister eine bessere Integrationspolitik gemacht. Vielleicht hätte der CDU-Chef gut daran getan, z. B. lieber Frankfurt/Main und Köln wegen der dort explodierenden Kriminalität – so der *Focus* in seiner Ausgabe vom 28. August 2012 – gar nicht erst zu erwähnen. Und der Sache selbst dienen so schlecht recherchierte Vergleiche wohl auch nicht.

Respektabler Kandidat für hohe Aufgaben

## Karl-Heinz Kreams zum neuen Justizstaatssekretär berufen

Ausgewiesener Experte für politische Entscheidungsabläufe

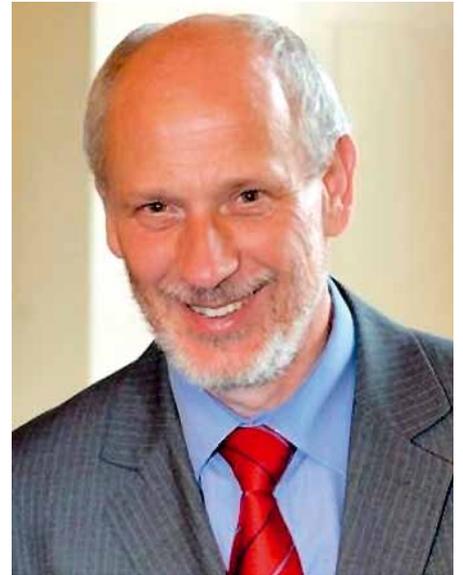
**Z**um neuen Staatssekretär ist in der Nachfolge von Dr. Brigitte Mandt, die zur neuen Präsidentin des Landesrechnungshofes berufen wurde, der bisherige Abteilungsleiter im Wissenschaftsministerium NRW, Karl-Heinz Kreams, ernannt worden. Bei dieser etwas überraschenden Personalie sollen auch strategische Überlegungen von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft eine gewichtige Rolle gespielt haben. Der bisherige SPD-Fraktionschef im nordrhein-westfälischen Landtag, Norbert Römer, hatte seinen Wahlkreis Soest wider Erwarten nicht gewonnen und war so ohne Landtagsmandat. Da traf es sich gut, dass ein respektabler Kandidat für höhere Aufgaben in den Landtag eingezogen war: Karl-Heinz Kreams.

Nach Antritt des neuen Amtes als Justizstaatssekretär legte **Karl-Heinz Kreams** sein Landtagsmandat nieder und ermöglichte es auf diese Weise **Norbert Römer** über die Landesliste doch noch in den Landtag einzuziehen. Mit dem neuen Staatssekretär zieht ein ausgewiesener Experte für politische Entscheidungsabläufe in das Haus am Martin-Luther-Platz ein. Als Referent im Umweltministerium und als Referent der **SPD**-Landtagsfraktion konnte **Kreams** in den Jahren von 1993 bis 1998 reichhaltige Erfahrungen über die „Anatomie der Macht“ sammeln können. Von 1998 bis 2003 übernahm er die Leitung des Landesamtes für Ernährungswirtschaft und Jagd NRW und wurde anschließend bis 2010 Büroleiter der Vorsitzenden der **SPD**-Landtagsfraktion. Seit dem Regierungswechsel leitete **Kreams** eine Abteilung des nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministeriums. Seit dem 26. Mai 2012 ist der

57-jährige, verheiratete Jurist und Vater einer Tochter Staatssekretär im Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. Seither ist **Karl-Heinz Kreams** mit der Dienst- und Fachaufsicht über die 152 Gerichte und 37 Vollzugseinrichtungen des Landes originär betraut.

**Kreams** legte 1986 die Erste Juristische Staatsprüfung ab. Sein Studium der Jurisprudenz schloss er 1989 mit der Zweiten Juristischen Staatsprüfung erfolgreich ab.

Im Jahre 1990 trat **Karl-Heinz Kreams** als Dezernent bei der Bezirksregierung Münster in den Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen. Nach dem 1994 erfolgten Wechsel in das Umweltministerium hatte **Kreams** Gelegenheit, profunde Erfahrungen bei der Gestaltung schwieriger Entscheidungsabläufe zu sammeln, bevor er sich dafür entschied, den Politikbetrieb durch sein berufliches Engagement sach- und fachkundig als Referent der **SPD**-Landtagsfraktion zu



Staatssekretär Karl-Heinz Kreams.

unterstützen. Staatssekretär **Karl-Heinz Kreams** hat sich in den ersten Gesprächskontakten als kenntnisreicher, glaubwürdiger und zuverlässiger Gesprächspartner erwiesen. Er pflegt einen geradlinigen, sachlichen Arbeitsstil und stellt dabei die Sache und effiziente Problemlösungen über die eigene Person.

Die **BSBD**-Landesleitung hat dem neuen Staatssekretär zu seiner Ernennung gratuliert und die Fortsetzung der konstruktiven, sachorientierten Zusammenarbeit angeboten, die bislang mit der Leitung des Ministeriums gepflegt worden ist.

Ortsverband Rheinbach:

## Gewerkschaftliche und gemeinschaftsfördernde Aktivitäten intensiviert!

Die Damen-Fußballmannschaft sorgte für Überraschungen

**N**eben der schon traditionellen **BSBD**-Tour, die vorrangig dem Kennenlernen beruflicher und kultureller Höhepunkte gewidmet ist, fand in diesem Jahr erstmals ein Fußballturnier der Bediensteten der Justizvollzugsanstalt Rheinbach statt. Insgesamt kämpften sieben Mannschaften um den ausgelobten Wanderpokal. Auch eine reine Damenmannschaft, der 1. **FFC „Rose“**, der seinen Namen von der Funkkennung unserer Vollzugseinrichtung abgeleitet hatte, wollte nicht nur Zählkandidat, sondern ernsthafter Titelanwärter sein.

Bereits zu diesem Zeitpunkt freute sich das Organisationsteam, dem auch der Ortsverbandsvorsitzende **Stefan Leif** angehörte, über die hohe Zahl der Teilnehmer. Nach einem tollen Nachmittag, selbst der aufgekommene Regen konnte die Stimmung nicht drücken, fand der Tag beim anschließenden Sommerfest seinen krönenden Abschluss. Der sportliche Ehrgeiz stand nicht im Zentrum der fußballerischen Aktivitäten. Es ging mehr darum, sich körperlich in der Gemeinschaft zu bewegen und Spaß zu haben. Die Damenmannschaft sorgte allerdings

für die ein oder andere Überraschung. Sie erwies sich als technisch versiert und leistungsstark.

Das Sommerfest, an dem mehr als 130 Bedienstete teilnahmen, die teilweise ihre Angehörigen mitgebracht hatten, bildete einen würdigen Rahmen für die Siegerehrung, die der Leiter der **JVA Rheinbach**, **LRD. Heinz-Jürgen Binnenbruck**, vornahm. **Binnenbruck** freute sich, dass sich die Vorstellungen des Organisationskomitees fast vollständig hatten realisieren lassen. Er betonte, dass ein menschlich-kollegialer Zusam-

menhalt ganz wichtig sei für die Arbeit im Strafvollzug, wo jeder auf die Unterstützung des Anderen angewiesen sei. In einer gelöst-angenehmen Stimmung ließ man die sportliche Veranstaltung mit einem kollegialen Erfahrungsaustausch ausklingen.

### Koblenz ist eine Reise wert

Wie schon in den Jahren zuvor führte der **OV Rheinbach** auch im Jahr 2012 seine **BSBD**-Tour durch. Ziel war die **JVA Koblenz**, die in den letzten Monaten einige Berühmtheit dadurch erlangt



Beim Fußballturnier waren Teilnehmer und Zuschauer engagiert bei der Sache, obwohl mehr der Spaß als der sportliche Erfolg von Bedeutung war.

hatte, dass sie wegen der Entschärfung eines Blindgängers vollständig geräumt werden musste. Der Koblenzer **BSBD-Ortsverband** mit seinem Vorsitzenden **Holger Rittinger** war gerne bereit, eine Besichtigung der Anstalt zu ermöglichen. Nach einem ausgiebigen Frühstück in

1,5 Stunden andauernde Führung durch die Justizvollzugsanstalt wurde von allen Teilnehmern als hoch interessant und aufschlussreich empfunden. Konkrete Vergleiche mit benachbarten Bundesländern erweisen sich stets als hilf- und lehrreich, weil der Blick über den eige-



Für jede teilnehmende Mannschaft stand selbstverständlich ein Pokal bereit.

der Kantine der JVA Rheinbach brach die Reisetrippe gegen 8.30 Uhr auf und machte sich auf die Fahrt in Richtung Koblenz. Dort erwartete uns bereits **Holger Rittinger**, um uns seinen beruflichen Wirkungsbereich vorzustellen. Die ca.



Beim gemütlichen Ausklang legten sich die Rheinbacher Kolleginnen und Kollegen noch einmal richtig ins Zeug.

nen Tellerrand die Möglichkeit schafft, Probleme einmal aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Die Bedeutung des Besuches des OV wurde durch die Anwesenheit des Anstaltsleiters, Regierungsdirektor **Josef Maldener**, und des

**BSBD-Landesvorsitzenden Rheinland-Pfalz, Winfried Conrad**, noch besonders unterstrichen.

Nach der Besichtigung mussten wir leider feststellen, dass der Bus aufgrund eines technischen Defektes für eine Weiterfahrt nicht zur Verfügung stand. Das sofort eingeleitet „Krisenmanagement“ bekam die Lage schnell in den Griff und konnte für alle Teilnehmer die Wende zum Positiven einleiten. Kurzer Hand wurde die geplante Bootstour abgesagt und an deren Stelle eine Führung durch der Stadt Koblenz organisiert.

Nach ausgiebiger Beschäftigung mit der über 2000-jährigen Geschichte der Stadt hatten die Teilnehmer Gelegenheit, die Stadt auf eigene Faust zu erkunden. Und da gab es wirklich etwas zu sehen. Eine über 2000-jährige Geschichte haben nur ganz wenige deutsche Städte aufzuweisen. Auch wenn Teile der Stadt zum **Unesco-Weltkulturerbe** zählen, ist doch ein Besuch des **Deutschen Ecks** obligatorisch. Hierbei handelt es sich um eine künstlich aufgeschüttete Landzunge in Koblenz an der Mündung der Mosel in den Rhein.

Im Jahr 1897 wurde hier ein monumentales Reiterstandbild des Deutschen Kaisers Wilhelm I. errichtet, das als Denkmal für die Deutsche Reichsgründung 1871 konzipiert war. In den Medien wurde seinerzeit von dem großartigsten Denkmal berichtet, das die Welt je gesehen habe.

Der nach Reparatur wieder fahrbereite Bus brachte die Teilnehmer im Anschluss wieder zurück in die Nähe nach Rheinbach. Viele Be-

diensstete, die aus den verschiedensten Gründen nicht an der Tour teilnehmen konnten, fanden sich an diesem Treffpunkt ein, um bis in die späten Abendstunden das rheinbachtypische kollegiale Miteinander ausgiebig zu pflegen.



Um den Bus wieder flott zu kriegen, waren Kopf- und Handarbeit angesagt.

### Das Fazit

Beide Veranstaltungen waren aus Sicht des OV-Vorsitzenden **Stefan Leif** und aller Beteiligten ein voller Erfolg: „Es ist uns gelungen, eine sehr große Anzahl von Mitgliedern zu erreichen. Neben den aktiven Mitgliedern konnten wir eine Vielzahl von Pensionären des Ortsverbandes begrüßen, was uns besonders gefreut hat.“

Der Vorsitzende erklärte zudem, dass künftig weitere Aktivitäten geplant würden. Bei einer solch großen Resonanz mache es den Organisatoren auch Spaß, sich ehrenamtlich ins Zeug zu legen.

OV Bochum:

## Die Bochumer Kollegen feiern eine „Mauerparty“!

Zahlreiche Kollegen und Kolleginnen, sowie Pensionäre und „Jungspunde“ trafen sich zu einem schönen Fest

**Z**u Beginn des Sommers fand zum zweiten Mal die „Mauerparty“ auf dem Parkplatz der JVA Bochum statt. Unter dem Motto „Von Kollegen für Kollegen“ planten der Personalrat der JVA Bochum und der BSBD-OV Bochum diese Veranstaltung. In ihrem Elan gestärkt wurden sie durch die große Resonanz und Zustimmung die sie vor Jahresfrist genossen hatten. Deshalb warfen sie alle verfügbaren Möglichkeiten in die Waagschale, um die Organisation zu einem Erfolg werden zu lassen.



Der Wettergott meinte es gut mit den Bochumer Kolleginnen und Kollegen bei der „Mauerparty“.



Auch viele Familienangehörige hatten es sich nicht nehmen lassen, sich etwas intensiver mit dem Thema Strafvollzug zu beschäftigen.

War die Premiere dieses „Events“ im Jahre 2011 schon ein Erfolg, so konnte dieses Jahr noch mal eine Schuppe drauf gelegt werden. Dank des schönen Wetters kamen zahlreiche Kollegen und Kolleginnen, teilweise mit ihren Kindern und Angehörigen, um ein schönes Fest zu feiern. Auch zahlreiche Pensionäre, die natürlich alle eingeladen waren, kamen, um sich mal wiederzusehen, sich mit den ihnen bekannten Kollegen zu unterhalten oder einfach mal einen netten Tag zu verbringen. Auch der Erfahrungsaustausch mit den nachgewachsenen „Jungspunden“ tat den alten Herrschaften gut, obwohl ihnen schwante, dass sich auch der Strafvollzug verändert haben könnte.

Für das leibliche Wohl war bestens gesorgt. Neben dem üblichen Getränkestand gab es eine Cocktailbar, einen Grillstand, eine „Creperie“ u.v.m..

Am frühen Abend kehrte auch die Fußballmannschaft der JVA Bochum von den Landesmeisterschaften in Heinsberg zurück und mischte sich unter das Partyvolk. Selbstverständlich ließ es sich der kommissarische Leiter der JVA Bochum, LRD **Uwe Nelle-Cornelsen**, nicht nehmen, persönlich beim Fest vorbeizuschauen und auf diese Weise zu dokumentieren, dass Strafvollzugsbedienstete nicht nur im Dienst, sondern auch bei gemeinschaftlichen Aktivitäten eine Einheit bilden. An dieser Stelle gilt ein besonderer Dank den Kollegen **Christian Herte** und **Wolfgang Passmann**, die von der Planung bis zur Durchfüh-

rung dieser „Mauerparty“ das Organisationszepter fest in der Hand hielten und somit maßgeblichen Anteil am Gelingen der Veranstaltung hatten. Dass sich alle Kollegen auch kollegial für den Auf- und Abbau der Stände in die Pflicht nehmen ließen, hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass auch die Organisatoren auf eine gelungene Veranstaltung zurückblicken



Die zurückgekehrte Fußballtruppe nahm an der „Mauerparty“ teil.

konnten. Bereits im Mai hatten der komplette Vorstand und die Jugendvertretung des **BSBD-OV Bochum** alle neuen und jungen Kollegen zum „Hamburgeressen“ eingeladen. Im Bistro „Blondies“ in Bochum trafen sich dann auch ca. 30 Kollegen und Kolleginnen zu einem gemütlichen Abend. Da sage noch einer, die Nachwuchskräfte ließen sich nicht für gemeinschaftliche Aktivitäten begeistern.

Ortsverbandsvorsitzender **Rainer Fregonese** nutzte die Gelegenheit, um den jungen Kollegen die Aufgaben der gewerkschaftlichen Arbeit darzulegen.

Gerade in diesen Tagen ist eine starke Gewerkschaft mehr denn je von großer Bedeutung. Schließlich werfen tiefgreifende Veränderungen ihre Schatten voraus. Da heißt es, seine Interessen energisch und wirkungsvoll zu vertreten, was natürlich nur effektiv dann erfolgen kann, wenn wir gemeinsam zusammen stehen und uns nicht auseinander di-



Für Rainer Fregonese, war es ein Erlebnis, plötzlich nur noch in junge Gesichter zu schauen.

vidieren lassen. Natürlich wurden die jüngsten Vorfälle in der JVA Bochum angesprochen. Gerade die jungen Kollegen und Kolleginnen mussten sich doch sehr viele Fragen im Freundes- und Bekanntenkreis anhören, obwohl sie doch selbst erst einmal mit der für sie neuen Situation als Vollzugsbeschäftigte/r zurecht kommen mussten. Seitens des Vorstandes wurde das Ziel ausgegeben, solche Treffen speziell für die neuen Kolleginnen und Kollegen regelmäßig zu veranstalten. Weil es sich jenseits des Dienstes einfacher, leichter und unbeschwerter kommunizieren lässt.

JVK NRW Fröndenberg

## Sport- und Ereignistag in der Glück-auf-Kaserne in Unna

Sämtliche Teams meisterten die ihnen gestellten Aufgaben bravourös

**I**m April diesen Jahres begannen die Planungen für ein kleines Sportevent der Vollzugsbediensteten des Justizvollzugskrankenhauses Fröndenberg. Da man eine „outdoor-lastige“ Unternehmung plante, ging man witterungstechnisch auf Nummer sicher und legte sie natürlich in den Juli. Nun ja, die Temperatur betrug dann am Tag der Veranstaltung gerade einmal 14,5 Grad, Regenschauer der eher ausdauernden Art plagten die Teilnehmer und ein Wind wehte, der dem Haarfestiger und dem Haarspray das Letzte abverlangte. So war nun einmal das Wetter bei uns im Hochsommer 2012.

Doch auch diese Witterungsbedingungen konnten die 19 Kolleginnen und Kollegen des Justizvollzugskrankenhauses Fröndenberg nicht davon abhalten, den geplanten Sport- und Ereignistag 2012 anzutreten. Aber, Sport- und Ereignistag?! Was ist das? Wofür wird er durchgeführt? Nun ja, das Team der Vollzugsbediensteten im JVK hat in den letzten fünf Jahren eine starke Verjüngung durchlebt. Um diesen jungen Kolleginnen und Kollegen den Einstieg in die „alteingeschworene“ Truppe etwas zu erleichtern und um ihnen die Möglichkeit zu geben, das deutsche Sportabzeichen zu erfüllen, wurde diese etwas andere Maßnahme der Teambildung ins Leben gerufen. Nun aber zurück zum eigentlichen Geschehen.

### Der Sport

Die Kollegen trafen sich am 19. Juli 2012 nach einem verregneten und viel zu kühlen Morgen in der Glück-auf-Kaserne in



Einer hat immer das Sagen.

Unna. Dort angekommen, wurde zuerst die durch die Bundeswehr zur Verfügung gestellte Sporthalle und der standorteigene Sportplatz in Beschlag genommen. Die Mannen ließen sich durch das Wetter nicht schrecken und gingen hochmotiviert an die erste Aufgabe des Tages. Die Abnahme des deutschen Sportabzeichens stand auf dem Programm.

Sowohl die Kurzdistanzen im Laufen, Kugelstoßen als auch Hochsprung wurden geprüft und abgenommen. Der Weitsprung musste leider ausfallen, weil sich zwischenzeitlich artengeschützte Hochseefische und Wasserpflanzen in der Sprunggrube angesiedelt hatten.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach den kraftraubenden Anstrengungen auf der Hindernisbahn und den Konzentrationsübungen im Schießkino.

Pünktlich mit dem Startschuss zu ersten Prüfung geschah das Unerwartete, die Sonne lugte hinter den schweren Regenwolken hervor. Was die Sonne als „Zuschauerin“ nun zu sehen bekam, gefiel ihr offensichtlich, blieb sie doch fast den ganzen Tag auf ihrem Posten.

Nach Abnahme der Disziplinen für das Sportabzeichen konnten die Fröndenberger Kolleginnen und Kollegen ein erstes Zwischenfazit ziehen und auch einige Lehren zu ihrem Erfahrungsschatz buchen.

1. Ca. 90% der Bediensteten bestanden/erfüllten die geforderten Leistungen an diesem Tag. Die restlichen 10% waren in ihren Leistungen so nah an den zu erbringenden Anforderungen, dass man sich auch bei ihnen relativ wenig Sorgen machen muss, ging es doch jeweils nur um einzelne Disziplinen, die noch wiederholt werden können.
2. Als sportlich fitter, gelernter Fußball-Torhüter – jenseits der Dreißig – muss man sich immer schön intensiv aufwärmen, vielleicht sogar etwas intensiver als „die Jungen“ und
3. auch in extremer Rückenlage ist sprinten möglich.

### Das Ereignis

Nachdem die Prüfungen für das Sportabzeichen beendet waren, begann der zweite und sicherlich interessantere Teil des

Tages. Durch die Übungsleiter wurden mehrere 3-Mann/Frau-Teams zusammengestellt. Diese Teams sollten sich im fairen Wettkampf messen.

Gemeinsam ging es zur Hindernisbahn der Glück-auf-Kaserne. Dort wurden die Teams durch einen der Sportübungsleiter in die Hindernisse und deren Anforderungen eingewiesen. Zum Kennenlernen der Hindernisse schloss sich an die Einweisung ein erstes gemeinsames Überwinden der Hindernisse an.

Nach dieser ersten „Berührung“ mit dem bis dato unbekanntem Terrain wurden die einzelnen Teams – unter Ausschluss der neugierigen Blicke ihrer Konkurrenten – in ihre Wettkampfaufgabe eingewiesen.

### Die Aufgaben/Vorgaben für die Teams bestanden vier Teilen:

1. Überwindet sämtliche Hindernisse in möglichst kurzer Zeit.
2. Denkt an das altbewehrte Motto: Der Weg ist steinig, das Team kommt an!
3. Verletzt euch nicht!!
4. Habt Spaß!!

Als wäre das allein nicht schon schwierig genug, bekamen die Teams kurz vor dem Startschuss noch zwei zusätzliche und sehr „zart besaitete Teammitglieder“ durch den Sportübungsleiter **Stefan Lepper** mit in die Hand gelegt. Zwei rohe Eier sollten über die Hindernisbahn

möglichst unbeschadet durch das Team mitgeführt werden.

Sämtliche Teams meisterten die Aufgaben bravurös und ließen sich weder durch „Quizeinlagen“ noch durch die ablenkenden und motivierenden Zwischenrufe des Übungsleiters **Marcel Müller** aus der professionell wirkenden Konzentration reißen. Die Teams sprühten trotz der körperlichen Anstrengung bei den zwischendurch auszufüllenden Fragebögen nur so vor Kreativität, Esprit und Wissen. Die Fragen bewegten sich rund um die Berufe in der Justiz.

Gegenseitig half man sich über die Hindernisse, wenn ein Team-Mitglied zurückzubleiben drohte. Und was besonders imponierte war die gute Laune, die alle Teams trotz der körperlichen Strapazen verströmten. Der Stolz, die Bahn gemeistert zu haben, war am Ende des Durchgangs in jedermanns (-fraus) Augen ablesbar.

Unweit der Hindernisbahn fand parallel eine weitere Wettkampfprüfung statt. Im AGSHP (Ausbildungsgerät-Schießsimulator-Handwaffen/Panzerabwehrwaffen); eine Art Schießkino der Bundeswehr, wurde den Teams unter den wachsamen Augen von Übungsleiter **Oliver Roßmeißl** in Sachen geschickter Umgang mit der Waffe alles abverlangt. Mit bundeswehreigenen Waffen wurden dort weitere Punkte für die Gesamtwertung erkämpft. Daneben hatten die Bediensteten die Möglichkeit, die eigens für sie organisierte Handwaffenschau zu besuchen und sich in einen Teil der Handfeuerwaffen der Bundeswehr einweisen zu lassen.

Nachdem alle Teams die Hindernisbahn und auch das Schießen im AGSHP hinter sich gebracht hatten, verlegte man den Ort des Geschehens gegen Abend in das eigens reservierte Fröndenberger Löhnbad. Dort angekommen, konnten



**Geschicklichkeit, Kraft und Ausdauer waren bei diesem Hindernis gefordert.**

die Bediensteten ihre Schwimmzeiten für das deutsche Sportabzeichen erbringen.

Im Anschluss wurden die Tagesergebnisse der Wettkampfteams ausgewertet und eine Siegerehrung durch den

Als Siegerteam des Tages wurden **Hendrik Horenkamp, Michael Mentel** und **Matthias Pätzold** ermittelt. Den Kollegen unsere herzlichsten Glückwünsche!



**So eine Eskaladierwand will erst einmal bezwungen sein.**

Fröndenberger Anstaltsleiter, Regie-rungsdirektor **Turowski**, und den Leiter des allgemeinen Vollzugsdienstes, JV-Amtsinspektor **Körner**, vorgenommen.

Zum Ende des Tages konnte man also zum einen verdiente Sieger prämiieren und zum anderen bemerken, dass Grillfleisch und ein „Abschlussgetränk“ nach einem solch anstrengenden Tag genau das Richtige sind, um die Energiespeicher aufzuladen. Die Erkenntnis, dass diese teambildende Maßnahme der etwas anderen Art allen Beteiligten eine Menge Spaß bereitet hat, dass die Fitness und vor allen Dingen der Zusammenhalt in der „Truppe“ gefördert worden ist, nährt die Hoffnung, dass der Sport- und Ereignis-tag keine singuläre Erscheinung war.

Abschließend möchten wir uns auch auf diesem Wege beim Logistikbataillon 7 in Unna und bei den Stadtwerken Fröndenberg ausdrücklich dafür bedanken, dass uns Ausrüstung, Personal und Örtlichkeiten zur Verfügung gestellt worden sind. Wir hoffen darauf, dass die von allen Seiten sehr positiv erlebten Kontakte künftig aufrechterhalten werden können.

*Marcel Müller*



**Nicht nur die Muskulatur auch der Kopf musste mitarbeiten, sollte ein gutes Teamergebnis erzielt werden.**

OV Detmold:

## Spontane Idee wird Wirklichkeit – Besuch in Barcelona

Dank gilt Señor Jaime Martin für sein besonderes Engagement gegenüber der Detmolder Delegation

**A**uf mehrfachen Wunsch der Kolleginnen und Kollegen wurde dem kleinen Ortsverband Detmold angetragen, ob er nicht eine Bildungsreise organisieren könne. Aus diesem Ansinnen wurde die Idee geboren, den Strafvollzug in Barcelona kennen zu lernen. Ausschlaggebend dafür war sowohl die Attraktivität der katalanischen Metropole als auch die Möglichkeit, das Gefängnis Mordelo besichtigen können, das immerhin auf eine 107-jährige Tradition und Geschichte zurückblicken kann.

Beflügelt durch die Größe der Aufgabe und angespornt durch den Wunsch, dieses Vorhaben tatsächlich zu verwirklichen, wurde zunächst das Gefängnis selbst angeschrieben. Wir formulierten unsere Bitte, einer Detmolder Delegation von Vollzugsbediensteten einen Blick hinter die Kulissen des Gefängnisses zu gewähren, überaus höflich, um nicht gleich mit diesem Ansinnen im Papierkorb zu landen.

Die anfängliche Skepsis, überhaupt eine Antwort zu erhalten, zerstreute sich sehr schnell, als der Leiter der dortigen Vollzugsanstalt seine Freude über unser Besuchsinteresse im Antwortschreiben formulierte und übermittelte. Damit war der Grundstein, ganz wichtig für das Gelingen komplizierter Prozesse, gelegt. Anschließend setzte die Anstaltsleitung das bürokratische Prozedere für die Genehmigung des Vorhabens durch die verantwortlichen Stellen der katalanischen Administration in Gang.

### „Expedition in Sachen Strafvollzug“

Ein besonderer Dank gilt Señor **Jaime Martin**, der sich in sehr entgegenkommender Weise dieser Aufgabe angenommen hat, die notwendige Feinabstimmung hinsichtlich der zeitlichen Abstimmung vorzunehmen. So ausgerüstet und ausgestattet, startete die kleine Delegation von 10 Personen inklusive eines Dolmetschers ihre „Expedition in



Die Detmolder Delegation bereitet sich auf den Anstaltsbesuch vor. Von links: Helmut Richter mit Gattin, Mario Mengedoth, Frau Rudnik, Kai Stieghorst, Andre Horstmann, Ulf Klose und Bodo Exner.

Sachen Strafvollzug“ von Frankfurt aus. In Barcelona gelandet, standen zwei anstrengende Tage der Akklimatisierung auf dem Programm, bevor der große Tag der Besichtigung als „Highlight“ der Reise gekommen war. Zur vorgegebenen Stunde erwartete uns die Anstaltsleitung zusammen mit unserem sehr aufgeräumten Señor Martin, um uns die Anstalt in ihrer Bauweise, in ihren inneren Strukturen und in ihrer Funktionalität zu beschreiben und zu erläutern. Ein kurzer Abriss über die den Strafvollzug bestimmende Philosophie und über die Gestaltungsprinzipien für den Umgang mit Straftätern komplettierte die Einführung in die

Besichtigung. Bei den Ausführungen, die der Detmolder Delegation zu Gehör bekam, vermittelte sich uns der Eindruck, dass Barcelona und Detmold räumlich eine ganz ordentliche Distanz aufweisen, dass es aber doch im Bereich des Vollzuges vergleichbare Schwierigkeiten zu beherrschen gilt. Bekannte Probleme, die auch den deutschen Strafvollzug in Atem halten, finden sich ebenso in dem Gefängnis Mordelo wieder.

Trotz der krisenhafteten Lage auf dem spanischen Arbeitsmarkt gelingt es der Anstalt in erstaunlicher Weise, Beschäftigungsmöglichkeiten für die Inhaftierten zu organisieren und zu schaffen. Daneben hat sich der spanische Strafvollzug die Behandlung von Straftätern auf die Fahne geschrieben und unternimmt große Anstrengungen, um therapeutisch und verhaltensändernd auf die ihnen zeitlich überantworteten Menschen einzuwirken. Erstaunlich war im Übrigen die weitgehende Freizügigkeit, die in der in die Jahre gekommenen Einrichtung herrschte. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich – wie bei uns in Deutschland – vorrangig durch einen begrenzten Finanzrahmen, der die Befriedigung aller bestehenden Finanzierungsbedürfnisse einfach nicht zulässt.

Dies mache sich, so die Verantwortlichen, vor allem in bautechnischen Unzulänglichkeiten und in einer überaus restriktiven Personalpolitik bemerkbar.



Im Büro des Anstaltsleiters des Mordelo-Gefängnisses in Barcelona (von links): Bodo Exner, Hermann Exner, Andre Horstmann, Kai Stieghorst, Helmut Richter, B. Rudnik, Mario Mengedoth, Ulf Klose, Frau Richter. Pastor Harald Blümel, der Anstaltsleiter und Martin Barberan.

Nach einstündiger Diskussion im Büro des Anstaltsleiters erhielten wir Gelegenheit, uns weitere zwei Stunden einen Überblick über die räumlichen und behandlungsstrategischen Verhältnisse und Behandlungsstandards zu verschaffen. Und in dieser Hinsicht hat Spanien offensichtlich den Anschluss an Europa vollzogen. Man ist sehr darum bemüht, nicht wieder hinter die durch die Europäischen Strafvollzugsgrundsätze beschriebenen Mindeststandard zurückzufallen.

Zu bewundern war das Engagement der spanischen Kolleginnen und Kollegen, die mit einfachen Mitteln versuchten, optimale Ergebnisse zu erzielen. Am Beispiel des Gefängnisses Mordelo ist erfahrbar, dass Not doch erfinderisch machen kann. So wurden Beschäftigungsmöglichkeiten gefunden, die zwar keine realistische Perspektive für die Zeit nach der Entlassung eröffnet, die allerdings nachhaltig dafür sorgt, das der Alltag im Gefängnis Struktur und Gesicht bekommt. Insgesamt waren die Delegationsmitglieder überrascht über die katalanische Gastfreundschaft. Die Delegation bedankte sich ausdrücklich beim Leiter des allgemeinen Vollzugsdienstes, der die Führung durch Mordelo übernommen hatte. Aber auch die zahlreichen Bediensteten, denen wir mit unseren Fragen und Informationsbedürfnissen an ihren Arbeitsplätzen auf die „Pelle“ gerückt sind, zeigten Langmut und ständige Bereitschaft, uns alle erbetenen Auskünfte zu gewähren. Wir konnten uns in Begleitung allen Bereichen der Anstalt zuwenden, ohne dass uns dies verwehrt wurde. Auskünfte wurden in einer sehr offenen Atmosphäre erteilt. Bei der Verabschiedung durch die Anstaltsleitung wurde uns die Frage gestellt, ob ein Gegenbesuch in Detmold möglich sei. Woraufhin im Namen der Anstaltsleitung der JVA Detmold eine entsprechende Einladung ausgesprochen wurde.



Außenansicht des Mordelo-Gefängnisses in Barcelona.

## Glosse

### Tach auch

Justus V. Anonymus

#### Tach auch, Kollejen.

Wat sachste dazu? Nach dem Armuts- und Reichtumsbericht 2012 lagen Beamte im Jahr 2008 nicht nur im Schnitt mit monatlich 4366 Euro Nettoeinkommen vor den Selbständigen, sondern haben sogar als Pensionäre mit netto 4322 Euro mehr als alle anderen, die noch arbeiten. Jetzt hab ich mich jefracht, wo liecht denn die Jrenze zwischen Arm und Reich, und hab mir

mal den 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus'm Internet runterjeladen und anjesehen. Als dat sind über 500 Seiten, nich datte denkst, ich hätt dat alles jelesen. Jedenfalls haben die die Jrenze zwischen Arm und Reich auf der Grundlage des Mikrozensus bei 200 Prozent des Medianeinkommens festjelecht. 2010 lag dat bei schlappe 2753 Euro im Monat. So, wat is jetzt Mikrozensus und wat is Medianeinkommen. Ich nicht blöd, hab dat jejuggelt. Also, nach Wikepedia ist der Mikrozensus eine statistische Erhebung, bei der im Gegensatz zur Volkszählung nur nach bestimmten Zufallskriterien ausgewählte Haushalte beteiligt sind. Die Anzahl der Haushalte



**Hurra,  
ich bin reich**

wird so gewählt, dass die Repräsentativität der Ergebnisse statistisch gesichert ist. Dat versteh sojar ich!

Medianeinkommen is jenau der mittelste Fall bei den erfassten Einkommen, also nich der Durchschnitt, sondern dat Einkommen von dem, der jenau in der Mitte steht. Sagen wir mal, es wurden 1000 Personen erfasst, und Franz Müller is jenau der fünfhundertste, wenn man alle nach der Höhe ihres Einkommens auflistet. Und der verdient 1376,50 Euro netto im Monat, davon 200 Prozent, also dat Doppelte. Übrigens liegen 8,1 Prozent der

Einkommen über dieser Jrenze, 91,9 Prozent drunter, dat erscheint mir sehr ungerecht verteilt!

Ehrlich jesacht, bin ich ziemlich platt, dat ich mich zu der Grup-

pe der Reichen in unserer Gesellschaft zählen darf. Wenn ich mir mein Konto angucke, schießen mir die Tränen inne Augen. Irjewatt stimmt nich an der janzen Rechnerei.

Wat mich am meisten stört, is, dat jetzt wieder eine Neiddebatte losjetreten wird über die Beamten, die anjeblich viel zu viel verdienen. Und keiner sieht, dat die richtig Reichen jar nicht mehr in der Statistik auftauchen. Dat fängt an bei den Politikern, die neben ihren Diäten (nette Bezeichnung) fett durch ihre Nebentätigkeiten dazuverdienen, und hört mit den Superreichen auf, die sich über solche Statistiken nur totlachen!

Ne schöne Jroß

Justus V. Anonymus

### Heute schon gelacht?

► Zwei Ballonfahrer haben im dichten Nebel die Orientierung verloren. Plötzlich reißt der Nebel auf, und sie sehen unter sich auf einer Hochfläche einen einsamen Spaziergänger. Einer der Ballonfahrer formt die Hände zu einem Trichter und ruft nach unten: „Woo sind wiir hiieer?“. Der Spaziergänger wirft einen kurzen Blick nach oben und antwortet wie aus der Pistole geschossen: „In einem Fesselballon, 30 Meter über der Erde.“ Anschließend schließt sich der Nebel wieder. Da meint der eine Ballonfahrer zum anderen: „Der Mann muss Jurist gewesen sein. Seine Antwort kam prompt, sie war völlig richtig und trotzdem zu nichts zu gebrauchen“.

► Zwei Bundesrichter gehen in der Mittagspause im Park spazieren. Plötzlich kommt ein junger Mann atemlos auf sie zugestürzt und wirft einem der Juristen vor: „Ihr Hund hat soeben meine Hose zerrissen.“ Der Richter gibt ihm ohne große Diskussion 200 Mark für den Kauf einer neuen Hose. Als der junge Mann verschwunden ist, fragt der Kollege erstaunt: „Seit wann hast du denn einen Hund?“ Der Bundesrichter antwortet: „Ich habe keinen Hund. Aber man weiß ja nie, wie die Gerichte entscheiden.“

► Erkennen Sie in dem Angeklagten den Mann wieder, der ihr Auto gestohlen hat“, fragt der Richter den Geschädigten. „Nach den Ausführungen des Herrn Verteidigers bin ich mir nicht mehr sicher, ob ich überhaupt ein Auto besessen habe“, entgegnet dieser.

Jahrelanges Gezerre beendet:

## Entscheidung für den Neubau der JVA Münster ist gefallen

Gravierende Eingriffe in die Bausubstanz wären nötig

**D**as Gefängnis an der Gartenstraße in Münster ist das älteste im Land. Nach dem Willen der Landesregierung hat es jetzt ausgedient. Justizminister Thomas Kutschaty hat mitgeteilt, dass das Land Nordrhein-Westfalen einen Neubau mit größerer Kapazität plant. Nachdem Gutachter an dem 160 Jahre alten Gebäude baustatische Mängel festgestellt hatten, ging alles ganz schnell. Das jahrelange Gezerre, ob nun saniert oder neu gebaut wird, ist damit beendet. Ende August haben Vertreter des Justizministeriums und des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW der Stadt Münster diese Planung vorgestellt.

Die derzeitige Justizvollzugsanstalt, deren Bauten überwiegend aus den Jahren 1848 – 1851 stammen, ist baulich marode und in der Bausubstanz als abgängig zu betrachten. Um das Gebäude infrastrukturell auf einen Stand zu bringen, dass hier auf lange Sicht ein behandlungsorientierter Strafvollzug gestaltet werden kann, würde einen sehr hohen finanziellen Aufwand verursachen, der kaum unter vergleichbaren Neubaukosten liegen dürfte. Zudem wären gravierende Eingriffe in die Bausubstanz nötig, die zudem nicht einmal ein annähernd vernünftiges Ergebnis erbringen würden.

### Kapazität der neuen Anstalt wird erhöht

In Münster bestehen derzeit 528 Haftplätze für männliche Straftäter. Der zu errichtende Neubau soll bis zu 640 Gefangene aufnehmen können. Dieser Einrichtung soll zudem eine Jugend-Arrestanstalt mit 60 Plätzen angegliedert werden. Die Errichtung einer Ersatzanstalt stellt für das Land Nordrhein-Westfalen eine große Investition dar, die das Justizministerium auch als einen Akt der regionalen Wirtschaftsförderung betrachtet. „Wir sichern in der Region Arbeitsplätze und stärken den Justizstandort Münster“, sagte Justizminister **Thomas Kutschaty (SPD)**.

Der Standort Münster, so das Ministerium, werde nicht in Frage gestellt. Trotzdem gebe es noch keine Entscheidung



Stadtdirektor Hartwig Schultheiß will die alten Gebäude der JVA Münster nutzen, um Wohnraum zu schaffen.

über den neuen Standort, der bis zu 30 km außerhalb der Stadt liegen könne.

Eine für die Kolleginnen und Kollegen wichtige Entscheidung ist allerdings bereits gefallen. Die der JVA Münster angeschlossene **Zweiganstalt Coesfeld** soll zum Ende des Jahres aufgegeben werden. Sofort nach dem Bekanntwerden dieser Absicht hat sich der **BSBD** beim Justizministerium für eine sozialverträgliche Verwendung des durch diese Maßnahme freigesetzten Personals eingesetzt. Ein entsprechendes Vorgehen wurde zugesichert. Da trifft es sich gut, dass demnächst in Münster zusätzliches Personal wegen des Ausbaus der Haftplatzkapazitäten benötigt wird. Von daher sollte eine wohnortnahe dienstliche Verwendung

der Betroffenen kein unüberwindliches Problem darstellen.

### Verwendung des denkmalgeschützten Gebäudes an der Gartenstraße ungewiss

„Wir hätten uns gefreut, wenn es bei dem alten Gebäude nahe der Innenstadt geblieben wäre“, erklärte Stadtdirektor **Hartwig Schultheiß**. Auf jeden Fall will die Stadt prüfen, ob die Gebäude oder Teile davon weiter verwendet werden können. Wenn die baustatischen Probleme sich als nicht unüberwindlich erwiesen, solle geprüft werden, ob die Gebäude mit vertretbarem finanziellen Aufwand zu Wohnraum umgebaut werden können, meinte Stadtdirektor **Schultheiß**.



Gutachter haben festgestellt, dass eine Grundsanierung der JVA Münster gegenüber einem Neubau zu teuer und wirtschaftlich nicht darstellbar sei.



Die Zweiganstalt Coesfeld wird mit Abschluss des Jahres 2012 nicht länger für vollzügliche Zwecke genutzt.

# Justizminister stellt neue Leitlinien für den NRW-Strafvollzug vor

Die Kolleginnen und Kollegen des Strafvollzuges warten auf ein Signal der Politik

**V**or der Landespressekonferenz stellte Justizminister Kutschaty Ende Juni 2012 die neuen Leitlinien für einen effektiveren, auf Behandlung und Resozialisierung angelegten Strafvollzug vor. Es ist immer gut, dass man Ziele benennt, bevor man losmarschiert, doch reicht es vielfach nicht aus, den Endpunkt eines Weges zu beschreiben, man muss auch bereit sein, die zwingend erforderlichen Mittel zur Realisierung solcher Vorstellungen zur Verfügung zu stellen. Schon seit Jahren warten die Kolleginnen und Kollegen des Strafvollzuges auf ein Signal des Aufbruchs, auf Festlegungen zur Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Strafvollzuges. Der BSBD hat in der Vergangenheit wiederholt angemahnt, die Politik solle ihre Vorstellungen über die künftigen vollzuglichen Gestaltungsprinzipien entwickeln.

Wenn die Politik den Strafvollzug in Zukunft so gestalten möchte, dass Behandlung und Betreuung intensiviert werden, um Straftätern verbesserte Möglichkeiten zu verschaffen, künftig ein Leben in sozialer Verantwortung zu führen, dann muss sie auch bereit sein, das Personal des Vollzuges Aufgabenangemessen zu verstärken und leistungsangemessen zu besolden.

Die in den Leitlinien aufgestellte These, die Kompetenzen der im Vollzug Tätigen zu stärken und deren berufliche und sozi-

ale Anerkennung zu verbessern, erschöpft sich bislang in wenig konkreten Ankündigungen. Damit wird das erhoffte Signal noch nicht gesendet. Die Strafvollzugsbediensteten erwarten den Nachweis, dass der programmatischen Aussage konkrete politische Taten folgen.

die Politik verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen. **BSBD-Chef Peter Brock** erwartet, dass die Politik die hohe Leistungsbereitschaft der Strafvollzugsbediensteten durch Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen anerkennt, ohne dass auf entgegenstehende Haushaltszwänge verwiesen wird. „Den Bediensteten wird tagtäglich alles abverlangt, um die Wiedereingliederung von Straftätern und den Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten

zu gewährleisten. Mehrarbeit, Feiertags- und Wochenenddienste sowie Nachtdienste gehören genauso zu ihrem Beruf wie die Konfrontation mit Übergriffen, Suiziden und Beleidigungen. Dafür haben unsere Kolleginnen und Kollegen einen moralischen Anspruch, dass sie für ihren Einsatz und ihre Leistungen angemessen entlohnt werden. Die rund 9000 Bediensteten des Strafvollzuges warten auf positive Antworten der Politik.“

## Ziel ist eine aktivierende Vollzugsgestaltung

Erst wenn die Rahmenbedingungen stimmen, kann die Behandlung von Straftätern gestärkt werden, um einen aktivierenden Strafvollzug zu organisieren, von dem bessere Ergebnisse im Hinblick auf die Legalbewährung erwartet werden. Diese Vollzugsgestaltung wird als ein wirksames Mittel angesehen, um bei bislang unmotivierten Gefangenen die Bereitschaft zur Mitarbeit an der Erreichung des Vollzugszieles zu wecken und zu fördern.

Ein ganz wesentlicher Schwerpunkt wird bei den Ersatzfreiheitsstrafen gesetzt, die als kriminalpolitisch unerwünscht klassifiziert werden. Eine Inhaftierung sei bei der Verurteilung weder angeordnet noch beabsichtigt gewesen. Sie ist einfach zwangsläufige Folge der Mittellosigkeit der Betroffenen.

Sollten sich die formulierten Zielvorstellungen realisieren lassen, wird dies neben der demographischen Entwicklung zu einem Rückgang der Gefangenenzahlen beitragen. Eine solche Entwicklung sollte nach Auffassung des **BSBD** möglichst zeitnah genutzt werden, um das Prinzip der Einzelunterbringung im gesamten Bereich des nordrhein-westfälischen Strafvollzuges zu realisieren.



Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) erläuterte vor der Landespressekonferenz die neuen Leitlinien für den Strafvollzug.

Diese sollten aus Sicht des **BSBD** sowohl strukturelle Besoldungsanhebungen als auch eine angemessene Personalausstattung umfassen. Der **BSBD-NRW** fordert zudem die Anhebung der Strafvollzugszulage auf das Niveau der Polizeizulage und die unentgeltliche dienstliche Bereitstellung der neuen Uniform. Durch die zeitnahe Umsetzung dieser überfälligen Maßnahmen könnte



Künftig soll der Strafvollzug auch unmotivierte Straftäter aktivieren, um deren Bereitschaft zur Mitarbeit zu wecken, zu fördern und zu stärken.